

## BZ-Gastbeitrag

**"Gegen rechts" zu demonstrieren, ist zu pauschal**Von **BZ-Redaktion**

Sa, 24. Februar 2024

[Kommentare](#) | 7 

**BZ-Plus | Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut – und der Einsatz für die Demokratie wichtig.  
Es gilt aber auch, keine generalisierenden Feindbilder zu pflegen.**

Die vielen Demonstrationen "gegen rechts" sind an sich ein gutes Zeichen – allerdings: Wenn Menschen "gegen rechts" demonstrieren, was genau wollen sie zum Ausdruck bringen? Verurteilen sie lediglich die politischen Pläne des Björn Höcke aus Thüringen und verfassungswidrige Vertreibungen von Mitmenschen ("Remigration")? Missfallen ihnen schon Männer und Frauen, die ihre Heimat und deren Kultur lieben, Recht und Ordnung wertschätzen und die Überzeugung vertreten, wir hätten genügend eigene Probleme und sollten erst diese lösen, bevor wir Steuergeld für feministische Außenpolitik ausgeben, um in Ruanda das Männerbild zu verändern?

Bedeutet "gegen rechts" zu sein, dass man "links" ist? Und wenn ja, im Sinne von "links und frei", wie Willy Brandt "seinen Weg" beschrieb – oder eher im Sinne von Lenin? Oder irgendwo zwischen Rosa Luxemburg und Sarah Wagenknecht? Wie sind Menschen einzuordnen, die darauf hinweisen, dass zwischen Kriegsflüchtlingen und Armutsmigranten nach internationalem Flüchtlingsrecht unterschieden werden müsse, weil zwar Letztere einen moralischen Anspruch, aber nur Kriegsflüchtlinge ein Recht auf Schutz und Unterstützung haben?

Demonstrationen gegen rechtsradikales Gedankengut und völkische Einfältigkeit waren überfällig und sind eine gute Sache. "Gegen rechts" zu demonstrieren, ist allerdings zu pauschal. Verallgemeinerungen reduzieren die Komplexität von Themen in einer Weise, die auf einzelnen Beispielen aufbaut und diese auf "alle" projiziert. So entstehen Schwarz-Weiß-Konstrukte, die wichtige Einzelaspekte und Perspektiven zuschütten – und leicht mit Gegenbeispielen widerlegt werden können. Dies wiederum schadet dem Richtigkeitsempfinden der Aussage.

Die Verwendung des Adjektivs "extrem" erleichtert Urteile über komplexe Sachverhalte – wegen seines fahrlässigen Gebrauchs ist dieser Begriff aber für Interpretationen offen: Je nach Couleur werden heute schon Elemente der Steuerpolitik der FDP als extrem bezeichnet.

Verbales Abseitsstellen ist einer robusten Demokratie jedoch nicht würdig – wo vorschnell bestimmte Ansichten als extrem stigmatisiert werden, scheint es nämlich keine überzeugenden Sachargumente zu geben. Wer generalisierende Feindbilder pflegt, diskreditiert ganze Wählergruppen, anstatt über gemeinsam tragbare Positionen

nachzudenken. Wer die moralische Integrität anderer Blickwinkel in Zweifel zieht, will Polemik. Dialoge mit Sachargumenten und Kompromisse sind da unerwünscht.

Das alles ist schlimm genug. Am unerfreulichsten ist jedoch, dass faschistisches Reden und Handeln durch verallgemeinernde Proteste "gegen rechts" eingemittelt werden. Wenn schon konservativer Wirtschafts- und Finanzpolitik in diffamierender Absicht die Positionierung "rechts" angelastet wird, jedoch auch Befürworter der Vertreibung von Mitmenschen in derselben politischen Kategorie erfasst werden, wird menschenverachtende Ideologie bagatellisiert und werden ihre Prediger verharmlost.

Fehlende Differenzierungen, wie die hier angesprochenen, schwächen unsere Demokratie, weil sie nuanciertes Denken und damit wichtige Elemente des demokratischen Diskurses vernachlässigen. Zur Erinnerung: Viele der heute als Mainstream betrachtete Umwelt-Positionen waren vor 40 Jahren "extrem". Sie führen außerdem zu falschen, weil zu vereinfachten Schlussfolgerungen in Bezug auf komplexe Probleme und verhindern durch Voreingenommenheit und Projektion, dass gegenseitiges Verständnis entstehen kann – wo das doch die Voraussetzung schlechthin für konstruktive Diskussionen zur Lösung komplexer Probleme ist.

Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, ebenso Pluralismus zu allen Sach- und Wertefragen. Dem Einsatz für Demokratie würde es langfristig mehr nützen, wenn man diejenigen, gegen die man demonstriert, auch in den entsprechenden politischen Gremien durch Sachdiskussionen in ihrer Platttheit entblößt.

Um aus traurigem Anlass Alexei Nawalny zu zitieren: "Für den Triumph des Bösen braucht es nichts weiter, als dass die Guten untätig bleiben." Also, nicht nur auf der Straße demonstrieren, sondern durch hohe Wahlbeteiligungen verhindern, dass extreme Minderheiten wegen der Wahlfaulheit der Mehrheit ein hohes relatives Gewicht bekommen.

Stell Dir vor, es wäre Wahl und alle gingen hin.